



ONLINE

DOKUMENTATION

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Dezember 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Deutschland und Frankreich – Motor oder Bremser Europas?

EIN KONFERENZBERICHT VON TOMISLAV DELINIC, NADINE MEN-  
SEL, JANA PUGLIERIN UND LUISE RICHTER FÜR DEN ARBEITS-  
KREIS JUNGE AUßENPOLITIKER

Der Arbeitskreis junger Außenpolitiker wurde 2001 von der Konrad-Adenauer-Stiftung ins Leben gerufen, um jüngere außenpolitisch interessierte und versierte Persönlichkeiten zusammenzuführen. Er bietet ihnen ein Forum zur Diskussion anstehender außenpolitischer Herausforderungen und zur Erarbeitung von Lösungsvorschlägen. Darüber hinaus trägt er dazu bei, außenpolitisches Wissen und Engagement in Deutschland besser zu identifizieren und zu vernetzen.

Jährlich führt dieser Kreis in Zusammenarbeit mit einem Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung eine internationale Konferenz zu Fragen Internationaler Politik und deutscher Außenpolitik durch. Die Konferenz im Oktober 2007 in Paris analysierte die Außen-, Europa-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik beider Länder und zeigte Perspektiven für künftige Kooperationen aber auch Konfliktpotentiale auf.

### Kontakt

Maria Elisabeth Rotter  
Team Außenpolitik  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin

Telefon: +49 30 26996-3457  
Fax: +49 30 26996-3551  
[aussenpolitik@kas.de](mailto:aussenpolitik@kas.de)



Konrad  
Adenauer  
Stiftung



## INHALT

1. DER AKTUELLE STAND DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN S.3
2. NEUE DEUTSCHE AUSSENPOLITIK UNTER ANGELA MERKEL S.3
3. NEUE FRANZÖSISCHE AUSSENPOLITIK UNTER NICOLAS SARKOZY S.4
4. GRENZENLOSES EUROPA ODER EUROPA BEGRENZEN? S.4
  - *Die Grenzfrage als provinzialistisches Zwischenspiel?*
  - *Problemlagen der Grenzdebatte*
5. ZWISCHEN BEDEUTUNGSLOSIGKEIT UND ÜBERFORDERUNG – DEUTSCHLAND UND FRANKREICH ALS MILITÄRISCHE AKTEURE S.6
  - *ESVP und NATO – Rivalen oder Partner?*
  - *Globale NATO?*
6. DEUTSCHLAND UND FRANKREICH IN DER GLOBALISIERUNG. NATIONALE CHAMPIONS VS. FREIE MÄRKTE? S.7
7. DEUTSCHLAND UND FRANKREICH ALS MOTOR DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION? S.8



## **DER AKTUELLE STAND DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN**

Eine Bestandsaufnahme der deutsch-französischen Beziehungen eröffnete die Tagung „Deutschland und Frankreich – Motor oder Bremsen Europas“. Der Professor Alfred Grosser konstatierte in seinem Einführungsvortrag, die derzeitigen deutsch-französischen Beziehungen seien durch Irritationen gekennzeichnet. Das Verhalten des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy auf der politischen Bühne, zum Beispiel bei der Befreiung der bulgarischen Krankenschwestern in Libyen, sei Ausdruck dieser Situation. Die Irritationen gründeten vor allem im französischen Nationalverständnis: für Frankreich stelle sich die Frage, wie man Welteinfluss behalten könne, ohne eine Weltmacht zu sein. Zunehmend sehe man sich dabei mit dem steigenden Einfluss Deutschlands konfrontiert, zum Beispiel bei der deutschen Forderung nach einem ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat.

Auf der außenpolitischen Agenda beider Staaten stünden insbesondere Polen, Afrika und Israel. Im Falle Polens könne und solle Frankreich eine größere vermittelnde Rolle spielen, so Grosser. Bezüglich Afrikas sollten Deutschland und Frankreich hier im gemeinsamen Interesse neue Regelungen finden. Einzig bei Israel seien sich beide Länder einig – wobei Grosser vor einer reflektierten Unterstützung der israelischen Politik warnte.

Viele europapolitisch relevante Themen würden hingegen gar nicht zwischen Deutschland und Frankreich besprochen. Ein Beispiel hierfür sei die Atompolitik, denn obwohl Bundeskanzlerin Angela Merkel in dieser Frage eher auf der Seite des französischen Präsidenten stehe als auf der Seite der SPD, sei die Atompolitik in Frankreich keine Frage der politischen Ausrichtung, sondern eine nationale Gegebenheit. Fraglich sei daher, wie man auf dieser Basis eine europäische Energiepolitik betreiben wolle. Andere Beispiele für das deutsch-französische Schweigen seien die Themenbereiche europäische Werte, Integration und die Frage nach der Rolle des Staates in der Wirtschaft. Differenzen in diesen Punkten würden nicht offen kommuniziert, was den vielbeschworenen deutsch-französischen Motor der europäischen Integration zum realitätsfernen Klischee werden lasse.

Trotz der Situation auf der politischen Ebene seien Beziehungen in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Forschung sowie auf der gesellschaftlichen Ebene positiv, so Grosser. Beispielsweise gäbe es über 4000 Städte- und Gemeindepартnerschaften, mit Großbritannien verbänden Frankreich hingegen nur ca. 1000 Partner-

städte. Umso bedauerlicher seien die Schwierigkeiten zentraler Institutionen der deutsch-französischen Zusammenarbeit, insbesondere des Deutsch-Französischen Jugendwerkes.

## **NEUE DEUTSCHE AUSSENPOLITIK UNTER ANGELA MERKEL**

Eine Große Koalition ist immer eine Interimslösung: die eigene Profilierung geht beiden Partnern vor. Die Außen- und Sicherheitspolitik ist dazu besonders geeignet. Sie kostet den Steuerzahler vergleichsweise wenig Geld, politische Initiativen können auf der welt-politischen Bühne präsentiert werden und werden im Allgemeinen von der Wählerschaft positiv aufgenommen. Nach dem erfolgten Regierungswechsel von Schröder zu Merkel ist im Bereich der Außenpolitik jedoch nicht nur ein „change of style“, sondern auch ein „change of substance“ zu bemerken.

Gegenüber den USA versucht Merkel nicht, das negative Image George W. Bushs in Deutschland zu nutzen, sondern zeigt sich respektvoll, ohne dabei eine kritische Haltung vermissen zu lassen. Die zustimmenden Reaktionen in Deutschland können als Beleg gelten, dass trotz der Abneigung gegenüber der Bush-Regierung die Öffentlichkeit die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen versteht. Die Zuwendung zu den USA bedeutet dabei aber nicht weniger Engagement im deutsch-französischen Verhältnis. Die Kanzlerin sieht die beiden Prozesse keinesfalls in Konkurrenz zueinander. Die Angst, die deutsch-französische Freundschaft könne an einem zu offenen und kritischen Umgang miteinander Schaden nehmen, teilt sie nicht.

Gegenüber Moskau hat sich Merkel von Schröders Stil distanziert. Doch ist eine klare Ausrichtung noch nicht zu erkennen: Deutschland ist verunsichert durch die Tatsache, dass Russland auf Kritik und Kommentare nicht reagiert. Der Spagat zwischen der Wichtigkeit Russlands und den inneren Problemen mit Demokratie und Menschenrechten ist für die Bundesregierung nicht ohne weiteres zu meistern. Der Begriff der „Strategischen Partnerschaft“ und damit die Position der deutschen Bundesregierung gegenüber Russland bedürfen dabei einer Präzisierung. In Afrika zeigt Deutschland seit Jahrzehnten zumeist reine Interessenspolitik. Die Entwicklung einer langfristig angelegten, wertorientierten Politik steht weiter aus. Beim Thema Asien wurde bisher einzig China als Akteur wahrgenommen. Indien, die größte Demokratie der Welt, sowie Australien und Neuseeland, die jeweils internationale Verantwortung im Rahmen von Frie-



densmissionen und Konfliktbewältigung übernommen haben, bleiben oftmals außen vor. Die Standpunkte der Bundesrepublik in dieser Region bleiben daher unklar.

Im Bereich der Sicherheitspolitik setzte Merkel hingegen gleich zu Dienstantritt ein deutliches Zeichen: Während des traditionellen Besuchs in Paris besuchte Merkel zugleich die NATO – ein klarer Beleg für ihre Haltung: „NATO first“! In der Europapolitik bekämpft die Kanzlerin die Glaubwürdigkeitskrise der Union. Sie verdeutlichte während der Ratspräsidentschaft, dass sie sich der Politik Helmut Kohls verpflichtet hat, auf gleicher Augenhöhe offen vor allem mit den kleineren Mitgliedsstaaten der Union zu sprechen.

### **NEUE FRANZÖSISCHE AUSSENPOLITIK UNTER NICOLAS SARKOZY**

Der neu gewählte Präsident Sarkozy bietet außenpolitisch Kontinuität und Wandel gleichermaßen. Neu ist, dass Sarkozy Europapolitik nicht mehr als Außenpolitik ansieht. Frankreich müsse alles daran setzen, schnell den neuen Verfassungsvertrag durchzusetzen. Im Gegensatz zu Royal will Sarkozy dies durch eine Abstimmung im Parlament durchsetzen. Auch gegenüber den kleineren Mitgliedern der EU hat sich Frankreichs Haltung geändert: Anders als Chirac wendet sich Sarkozy mit Bestimmtheit vor allem an die Länder Mittel- und Osteuropas. Zum Türkei-Beitritt hat Sarkozy einen *modus vivendi* entwickelt: Auf der einen Seite ist ihm bewusst, dass Erdogan und die AKP für das Reformprogramm eine Beitrittsperspektive braucht, auf der anderen Seite versucht Sarkozy, die Frage nach einem konkreten Beitrittstermin in der Schwebe zu halten.

Den USA gegenüber zeigt sich der neue Präsident weniger kritisch als sein Vorgänger. Die Reintegration Frankreichs in die NATO steht für diesen engeren Kurs mit den USA. Zu Russland baut Sarkozy ein offenes und kritisches Verhältnis auf. Er äußerte sich zu den Themen Menschenrechte und Demokratie, doch zeigte er sich dabei betont freundschaftlich. Im Nahen Osten hat Sarkozy sich von der traditionellen pro-arabischen Politik Frankreichs distanziert. Die Wirkung auf den Friedensprozess bleibt abzuwarten. In Afrika gilt das französische Augenmerk der Tatsache, dass sich China dort zunehmend aktiver zeigt. Angesichts der herrschenden Nöte wäre eine Zuwendung einiger afrikanischer Staaten zu China nicht überraschend. Paris sähe das jedoch nur ungern, lässt jedoch ein klares Vorgehen vermissen.

Sarkozy hat in den ersten Wochen und Monaten seiner Amtszeit Wert auf Profilierung und Präsenz im internationalen Bereich gelegt. Letztlich ist aber auch er auf gemeinsames Auftreten mit starken Partnern angewiesen. Beispielsweise in der Iran-Frage ist ein einziges Auftreten des Europa aufgrund der amerikanischen Schwäche unverzichtbar. Dies gilt auch im Verhältnis zu Russland: Frankreich muss mit den anderen europäischen Staaten gemeinsam auftreten. Die Einzelbesuche Merkels und Sarkozys in Moskau zeigen noch nicht in diese Richtung.

Sarkozy hat seit seinem Antritt neben profilorientierten Schritten mit der Fortführung der NATO-Reintegration gezeigt, dass er für gewisse Kontinuität und Berechenbarkeit steht. Der neue französische Präsident weiß, dass er nur durch Partnerschaften und Übereinkünfte mit den europäischen Nachbarn zu Erfolgen auf dem internationalen Parkett kommen wird. In dieser Hinsicht hat er sich bereits in einigen Bereichen klar von seinem Vorgänger distanziert. Auf der anderen Seite wird er Traditionen französischer Außenpolitik nicht aufbrechen können und wollen – durchaus zum Vorteil für das deutsch-französische Verhältnis.

### **GRENZENLOSES EUROPA ODER EUROPA BEGRENZEN?**

In der Grenzfrage der Europäischen Union konzentrieren sich die wichtigen Fragen der Europäischen Integration – nicht zuletzt auch die Finalitäts- und Identitätsfrage.

#### **Die Grenzfrage als provinzialistisches Zwischenspiel?**

Die Frage ob, und wenn ja wie Europa zu begrenzen ist, wird auf verschiedenen Ebenen debattiert: pragmatisch, „stammtischorientiert“ (z.B. in Bezug auf die wirtschaftliche Absorptionsfähigkeit der Union) und akademisch mit Blick auf die künftige Ausgestaltung einer gemeinsamen Idee. Die Relevanz der verschiedenen Diskussebenen ist dabei unterschiedlich; soll aber das „Elitenprojekt“ Europa jenseits der Elite kommunizierbar bleiben, so braucht man eine konsequente Grenzdebatte jenseits philosophischer Betrachtung. Denn der Identitätsrahmen der Mehrheit der Bevölkerung ist noch immer die nationale Ebene. Nicht einmal Bewohner Europas mit Migrationshintergrund oder Minderheiten innerhalb der EU-Staaten identifizieren sich mit der EU. Die „europäische Zivilgesellschaft“ existiert – wenn überhaupt – derzeit nur auf akademischer Ebene. Für die Mehrheit der Bevölkerung müssen Grenzen klar definiert werden, sonst wird das Gesamtkonzept abgelehnt. Die



Ergebnisse der Referenden in Frankreich haben dies eindrucksvoll bewiesen.

### Problemlagen der Grenzdebatte

Grundsätzlich spielt sich die europäische Grenzdebatte zwischen zwei Polen ab. Auf der einen Seite befinden sich diejenigen, die eine klare Begrenzung Europas für die Lebensfähigkeit und Administrierbarkeit des politischen Vorhabens „Europäische Union“ voraussetzen. Auf der anderen Seite wird argumentiert, dass eine kontinuierlich an Größe gewinnende EU mit einem stetigen Mehr an Einfluss einhergeht. Dazwischen gibt es unzählige Abstufungen, bei denen aus verschiedenen wirtschaftlichen, sozialen oder ethnisch-kulturellen Gründen die eine oder andere Zwischenform der Begrenzung favorisiert wird. Aktuell besteht die Tendenz, die gewünschte Begrenzung, von der man sich einige Stabilität erhofft, mit dem Argument der regionalen (abendländischen) Identität zu untermauern.

Dass jede glaubwürdige Form von Begrenzung – weit oder eng gefasst – eine objektive Definition voraussetzt, wird dabei jedoch oft vernachlässigt. Im Gegenteil, die Beitrittsdebatte als Teil der Grenzdebatte wurde begonnen, bevor die Beitrittsfähigkeit überhaupt nachvollziehbar definiert worden war. Dadurch sind Verhandlungen nicht mehr ergebnis-offen – die Frage ist nicht mehr ob, sondern meist nur noch wann der Beitritt zur EU erfolgt. Darüber hinaus werden mit verschiedensten Instrumenten Erwartungen geweckt oder Tatsachen geschaffen, die kaum umkehrbar sind.

Denkbar sind für eine EU-Erweiterung jedoch nur fünf Ländergruppen: die EFTA-Länder (Island, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein), die bisher noch nicht integrierten Balkanstaaten, die Ukraine und Belarus, der südliche Kaukasus (Georgien, Armenien und Aserbaidschan) und schließlich die Türkei. Die EFTA-Staaten wären in den EU sicherlich herzlich willkommen, allerdings ist ihr Interesse an einem Beitritt fraglich. Bei den verbleibenden Balkanstaaten kann man kaum „auf halber Strecke Halt machen“. Ein Beitritt der Ukraine und Belarus, des südlichen Kaukasus oder der Türkei wird auf absehbare Zeit nicht in der gesamten EU auf Zustimmung stoßen.

Insbesondere in der Diskussion um den Beitritt der Türkei manifestiert sich die Identitätsfrage der EU; die Türkei-Frage wird damit zum „europäischen Dilemma“. Die Befürchtungen, dass sich die soziale und kulturelle Integration der Türkei in die EU als (zu) schwierig erweisen könnte, wiegen schwer. Macht man jedoch die Grenzen

vor der Türkei zu, so besteht die Gefahr, dass auch europäisches Demokratieverständnis und bürgerschaftliches bzw. zivilgesellschaftliches Engagement vor der Grenzen der Türkei Halt machen.

In Deutschland werden sich Lösungen für die Türkeifrage erst nach dem Ende der Großen Koalition finden lassen und auch in Frankreich besteht derzeit keine Aussicht auf Änderung der ablehnenden Haltung gegenüber einem Beitritt der Türkei. Wenn ein EU-Beitritt auf absehbare Zeit politisch nicht durchsetzbar ist, so bleibt die privilegierte Partnerschaft. Wie aber kann und soll diese ausgestaltet sein? Wie kann sie zum Beispiel angesichts der bereits existierenden Zollgemeinschaft wirkliche Anreize bieten?

Unklare Grenzen mögen für einen gewissen Zeitraum den Anreiz, gewissermaßen das Zuckerbrot für das Einleiten von Reformbemühungen sein. Dieser Anreiz geht verloren, sobald einheitliche Kriterien aufgestellt werden. Unterlässt man letzteres aber, verspielt man die Glaubwürdigkeit der EU, und schadet ihr damit stärker als durch die temporäre Stagnation von Transformationsbemühungen. Es muss klar kommuniziert werden, wie viele Mitglieder überhaupt noch integrierbar sind; für die Fortführung der Integration sind feste Grenzen – zumindest kurzfristig – wichtig.

Allerdings ist innerhalb der EU kein politisches Identifikationsprojekt mit der resultierenden Grenz Betrachtung in Sicht, auf das sich alle EU-Mitgliedstaaten einigen können. Die Grenzfrage sollte daher „entdramatisiert“ werden. Besinnt man sich auf die Geschichte der EU, so hat es in Bezug auf ihre Begrenzung immer kleine Schritte und dynamische Definitionen gegeben. Pragmatisch wäre es, kurzfristig einheitliche Kriterien der Mitgliedschaft zu definieren und nachvollziehbare Abstufungen der Vollmitgliedschaft zu schaffen. Gleichzeitig sollte die EU sich aber die Offenheit bewahren, diese Kriterien in regelmäßigen Abständen auf Ihre Aktualität und Angemessenheit zu prüfen. Derzeit scheint die Europäische Nachbarschaftspolitik eine gute Zwischenlösung zu sein, um einerseits dem Wunsch nach Begrenzung und Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Bündnisses nachzukommen und andererseits der Dynamik des Projekts Europa Rechnung zu tragen.



## ZWISCHEN BEDEUTUNGSLOSIGKEIT UND ÜBERFORDERUNG – DEUTSCHLAND UND FRANKREICH ALS MILITÄRISCHE AKTEURE

Die Akzentverschiebungen in den Außenpolitiken Frankreichs und Deutschlands nach den Amtsantritten von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy schlagen sich auch in der Sicherheitspolitik nieder. Die Frage nach Kontinuität und Wandel ist besonders im Verhältnis zwischen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und der NATO sowie bei der Frage nach einer globalen NATO aktuell.

### ESVP und NATO – Rivalen oder Partner?

Obwohl Angela Merkel sich sichtlich bemüht, die bis Kohl uneingeschränkt geltende Nibelungentreue Deutschlands zum Nordatlantikpakt wieder herzustellen, ist das Pendel seit der Regierungszeit von Gerhard Schröder nie mehr in seine Ausgangsposition zurück geschwungen. Im Spannungsfeld zwischen ESVP und NATO neigt die Bundesrepublik nicht länger in der früheren Eindeutigkeit zur NATO, sondern legt den Fokus auf die Fähigkeiten der Europäer. Gleichzeitig bewegt sich Frankreich, traditionell Anwalt der ESVP, seit Sarkozys Amtsantritt verstärkt auf die NATO zu. Seine USA-Reise im November 2007 lässt auf eine Annäherung an die USA schließen. Allerdings macht sich Frankreich weiterhin für eine Ausweitung der europäischen Verantwortung in Krisenfällen stark. Sarkozy wahrt Kontinuität, indem er über eine Mobilisierung der EU-Partner französische Führungsverantwortung demonstrieren will. In diesem Zusammenhang ist auch seine Annäherung an Großbritannien zu verstehen. Die seit dem Irak-Disput der Jahre 2002/03 praktisch lahm gelegte ESVP-Kooperation wurde durch Sarkozy wiederbelebt.

Wie realistisch ist also eine Rückkehr Frankreichs in den militärischen Schoß der NATO? Schon Jacques Chirac hatte nach seinem Amtsantritt 1995 versucht, Frankreichs Verhältnis zur NATO zu flicken. Obwohl der Erfolg auch diesmal nicht garantiert ist, haben sich die Chancen durch eine Veränderung Frankreichs, der USA und der Welt insgesamt verbessert. Zudem ist die Zusammenarbeit Frankreichs mit der NATO in der Praxis bereits in den vergangenen Jahren enger geworden. Frankreichs Rückkehr in die integrierte Militär-Struktur der NATO ist jedoch an zwei Bedingungen geknüpft: eine Förderung der ESVP durch die USA sowie die Repräsentation von Franzosen auf höchster Ebene der NATO-Kommandostrukturen. Zumindest Ersteres scheint durchaus realistisch. Seitdem die großen Schwierigkeiten

der USA im Irak und zunehmend auch in Afghanistan offenkundig geworden sind, ist die amerikanische Wertschätzung für die ESVP deutlich gestiegen. Besonders die zivil-militärische Zusammenarbeit, eine Spezialität der Bundesrepublik Deutschland, ist ein von den Amerikanern geachtetes Instrument.

Die Chancen zur Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Einklang mit der NATO sind also heute größer denn je. Die deutsch-französische Führungskonstellation, die weltpolitischen Lage und der Wunsch der USA nach verstärkter Zusammenarbeit und europäischer Unterstützung forcieren die Kooperation. Während die EU den Anspruch militärischer Leistungsfähigkeit weitgehend aufgegeben hat, hält sich die NATO im zivilen Bereich zurück. Die Frage kann daher nicht lauten „ESVP oder NATO?“ – beide müssen komplementär zueinander verstanden werden. Eine strategische Partnerschaft NATO-EU ist notwendig, da die Sicherheitslandschaft des 21. Jahrhunderts eine Verzahnung militärischer, politischer und wirtschaftlicher Instrumente verlangt. Fortschritte beim Ausbau einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsstruktur müssen daher mit einer Neudefinition der NATO verknüpft werden und stehen nicht im Widerspruch zu einer zunehmenden Kooperation beider Organisationen.

### Globale NATO?

Nirgends wird das Dilemma zwischen Bedeutungslosigkeit und Überforderung so deutlich wie bei der Frage nach Reichweite und Zielsetzung der NATO. Der Wandel des internationalen Systems – neben der explosiven Lage im Nahen Osten und der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus ist der Westen nun mit dem Aufstieg Asiens, einem selbstbewussteren Russland und neuen Herausforderungen im Bereich der Energieversorgung und der Umwelt konfrontiert – macht die Notwendigkeit eines starken Westens überdeutlich. Dieser Notwendigkeit stehen gleichzeitig massive Unfähigkeit, beschränkte finanzielle Mittel und militärische Ressourcen sowie mitunter bloßer Unwille gegenüber. Der NATO könnte der institutionelle *Overstretch* drohen, wenn politischer Wille und Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten fehlen. Mahnende Beispiele sind Afghanistan, wo der Erfolg des Einsatzes an nationalen *Caveats* zu zerbrechen droht, sowie die skelettierte NATO Response Force.

Dennoch ist die globale NATO heute „a simple fact of life“: Fast unbemerkt hat sich die NATO in den letzten Jahren von einem geographisch begrenzten Verteidigungsbündnis zu einer global tätigen Organisation ge-



wandelt. Beispiele für die neuen NATO-Einsätze rund um den Globus sind das ISAF-Kommando in Afghanistan, das Training für irakische Offiziere, die Luftbrücke für Soldaten der Afrikanischen Union nach Darfur oder die Hilfe für Opfer von Naturkatastrophen wie dem Tsunami in Südostasien oder dem Erdbeben in Pakistan. Während noch über die Frage der Globalität der NATO gestritten wird, sind also längst Tatsachen geschaffen worden. Sarkozy scheint diese neue Realität eher zu akzeptieren als Chirac und versucht deshalb, Frankreich innerhalb der NATO neu aufzustellen. Das größte Problem scheint die französische Alleingangsmentalität zu sein, die die Einbindung Frankreichs in internationale Institutionen erschwert. Deutschland zeigt sich andererseits noch weitgehend ambivalent und zögerlich in der strategischen Vision. Bezüglich einer engen deutsch-französischen militärischen Zusammenarbeit darf man auch die in beiden Ländern höchst unterschiedliche Militärkultur nicht aus den Augen verlieren.

Unter Berücksichtigung aller Schwierigkeiten scheint eine globale NATO jedoch nicht nur wünschenswert, sondern – bei kluger Auswahl der Mittel und Orte – auch umsetzbar.

#### **DEUTSCHLAND UND FRANKREICH IN DER GLOBALISIERUNG. NATIONALE CHAMPIONS VS. FREIE MÄRKTE?**

Wenn von nationalen Champions und *hidden champions* die Rede ist, geht es nicht um Sport. Der Tenor ist wirtschaftlicher Natur, sind doch damit anerkannte oder heimliche Weltmarktführer gemeint. Welchen Status nehmen diese in der Ökonomie Frankreichs und Deutschlands ein? Wie gehen beide Länder mit der Globalisierung um und welchen Reformbedarf gibt es?

Ausgangspunkt für den Globalisierungsdiskurs sind die jeweiligen Einstellungen zur freien Marktwirtschaft. Während 59 Prozent der Deutschen laut einer Studie der University of Maryland mit dieser Wirtschaftsordnung etwas Positives verbindet, reagieren 36 Prozent der Franzosen eher ablehnend. Hinzu kommen französische Vorbehalte gegenüber Liberalisierung, eine Favorisierung des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber sowie eine Grundskepsis hinsichtlich ausländischen wirtschaftlichen Engagements. Dass Globalisierung als überwiegend risikobehaftet wahrgenommen wird, liegt einerseits an der mangelnden Kommunikation zwischen Entscheidungsträgern und Öffentlichkeit. Andererseits trägt die französische Bevölkerung eine gewisse Schutzerwartung an die Regierung heran.

In Deutschland hingegen dominiert die Frage, wie man das Phänomen Globalisierung gerecht gestalten kann. „Potenziale erkennen, entwickeln und ausnutzen“ lautet das Motto in Berlin, das die politischen Akteure auch öffentlich vermitteln. Der Grund ist einleuchtend: Deutschland ist Exportweltmeister, verfügt über zahlreiche hidden champions und erlebt gegenwärtig eine Konjunkturphase mit steigender Erwerbsquote. Weil Deutschland überaus abhängig vom Zustand der Weltwirtschaft ist, weiß es um die Notwendigkeit, einen aktiven Part zu übernehmen.

Doch warum reagieren viele Franzosen und ihre Regierung empfindlich auf das Stichwort Globalisierung? Nationale Champions sind auch dort keine Rarität. Der entscheidende Unterschied zum deutschen System ist jedoch die ausgeprägte Mitsprachefunktion der Politik, die sich u. a. in einer hohen Anteilsquote des Staates ausdrückt (ca. 1100 Staatsunternehmen). Für ausländische Konkurrenz erschwert sich dadurch der Markteintritt. Verhinderter Wettbewerb beeinträchtigt schließlich neben den Preisen auch die Innovationskraft; mithin Gründe für das im europäischen Vergleich schlechte Abschneiden der französischen Wirtschaft. Mit der Agenda 2010 begann sich in Deutschland der Reformstau zu lösen. Ähnliche Schritte blieben bislang in Paris aus, mit Folgen nicht nur für die eigene Volkswirtschaft, sondern auch für die Leistungsbilanz der EU. Frankreich sollte daher zwar die Bedenken der Bürger ernst nehmen, mit diesen jedoch offensiv umgehen, vor Reformen nicht zurückschrecken und die Globalisierung endlich als Chance begreifen, die bei kluger Politik mehr nützen als schaden kann.

Doch wie steht es im Rahmen der Globalisierung um den Charakter der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen? Beide sind sich gegenseitig die wichtigsten Handelspartner. Gleichzeitig befinden sie sich in einem Konkurrenzverhältnis, das sogar in Gemeinschaftsprojekten wie EADS/Airbus spürbar ist. Am tertiären Sektor treten die Unterschiede zwischen der Staatsquote in Deutschland und Frankreich eindrucklich zutage. Telekommunikation und Energiewirtschaft sind z. B. Bereiche, die in Frankreich mit bis zu 80 Prozent von staatlichen Unternehmen beherrscht werden. Hingegen sind in Deutschland beide Segmente vollständig bzw. größtenteils in privaten Händen. Die politischen Verantwortlichen in Frankreich sollten daher mit den wirtschaftlichen Reformen ernst machen und das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik neu definieren. In Deutschland muss weiter am Reformwillen festgehalten werden, um Deutschland wieder zum wirtschaftlichen Zugpferd der



EU zu machen. Dabei sollten beide Länder verstärkt die Kooperation miteinander suchen, voneinander lernen und die Dynamiken der Globalisierung gewinnbringend für Europa nutzen.

#### **DEUTSCHLAND UND FRANKREICH ALS MOTOR DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION?**

Noch vor 15 Jahren waren Berlin und Paris der Antreiber der Europäischen Einigung: Schlagworte wie dynamisch, partnerschaftlich, mutig passten zur Rolle beider Staaten auf der europäischen Bühne. Heute kommen angesichts der explosionsartig wachsenden Wirtschaft in Mittel- und Osteuropa auf der einen und der Stagnation in Westeuropa auf der anderen Seite Unkenrufe auf, ob der Motor nicht ins Stocken geraten sei. Nach wie vor haben beide Staaten enormes Potential – jedoch nur, wenn sie gemeinsam handeln. Am Beispiel Russland zeigt sich: Die gleichen Probleme anzusprechen, ist nicht dasselbe wie diese Probleme gemeinsam anzusprechen. Solange Deutschland und Frankreich getrennt auftreten, verpufft die Wirkung des Einzelnen. Europa ist nur als Solidargemeinschaft schlagkräftig. Dafür müssen sich Deutschland und Frankreich gemeinsam einsetzen. Das Verhältnis der beiden Staaten zueinander bietet dafür gute Voraussetzungen: Inzwischen sind die Beziehungen weitestgehend entideologisiert. Frankreich geht nicht mehr von einem gefährlichen Nachbarn Deutschland aus. Auch Paris selbst hat sich inzwischen von dem Anspruch der globalen Großmacht entfernt. Die gegenseitige Annäherung ist damit eine logische Folge. Paris und Berlin können auf diese Weise gemeinsam ungezwungene Realpolitik gestalten. Wie die Geschichte der Union zeigt, wäre dies auch für die weitere Entwicklung des europäischen Projektes wünschenswert.